

Es reicht!



**Das Leben muss
bezahlbar sein.**

Staatliche Preiskontrollen jetzt!

Es reicht! Das Leben muss bezahlbar sein. Die Mehrheit hat zu Recht das Gefühl, dass es nicht gerecht zugeht. Wir wollen das ändern. Die Energiekrise mit ihren enormen Preiserhöhungen bringt uns in eine Notsituation. Der Staat muss helfen, im Bund wie in Sachsen! Geld ist da: Viele Konzerne machen mit Krieg und Krise extra Gewinne – wir wollen, dass diese konsequent abgeschöpft werden. Leistungsloses Einkommen in Form

riesiger Erbschaften und enormer Finanzmarktgewinne, extrem Vermögende sowie Großverdienerinnen und Großverdiener wollen wir gerecht besteuern.

Schon in den letzten Wintern hatten Millionen Menschen in Deutschland nicht genug Geld, um ihre Wohnung angemessen zu heizen. In Sachsen bekommen mehr als 300.000 Beschäftigte weniger als 1.500 Euro netto im Monat, obwohl

sie in Vollzeit arbeiten. Zehntausende Rentnerinnen und Rentner müssen mit weniger als 1.000 Euro auskommen. Jeder dritte Haushalt in Deutschland war schon im letzten Jahr nicht in der Lage, 1.150 Euro für eine zusätzliche Ausgabe aufzubringen. Nun flattern reihenweise Abschlagserhöhungen und bald enorme Nachzahlungsforderungen in die Briefkästen. Diejenigen, die überlastet sind, müssen endlich entlastet werden – mit Direkt-

zahlungen, wirklichen Preisdeckeln und dem Verzicht auf die Mehrwertsteuer bei Grundnahrungsmitteln.

Nicht erst seit gestern streiten wir für bezahlbare Wärme, Lebensmittel und Mobilität. Alle sollen blechen, damit Krisengewinner dicke Profite machen? Nicht mit uns! Gewinne umverteilen, Preise drücken, Energiekonzerne vergesellschaften: **Das wäre gerecht. Dafür kämpfen wir im Landtag.**



Foto: Arnel Lesmann

Kita-Elternbeiträge runter!

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir werden in einem Ausmaß enteignet, wie wir es bisher nicht kannten. Die Preisexplosion löscht aufs Jahr gerechnet mehr als ein Monatseinkommen aus: Laut dem Sparkassenverband können inzwischen selbst Haushalte, die 3.600 Euro netto erhalten, keine Rücklagen mehr bilden. Wir sagen: Preise steigen nicht, sie werden erhöht. Das Geld ist nicht weg, sondern woanders. Es gibt Profiteure und die Möglichkeit, einzugreifen!

Mineralöl-, Energie-, Lebensmittel- und Rüstungskonzerne nutzen den verbrecherischen Angriffskrieg der russischen Führung gegen die Ukraine für Milliarden Gewinne. Diese müssen abgeschöpft werden. Der Staat muss die Energiepreise sofort und vor allem konsequent begrenzen. Wer 100 Milliarden für Aufrüstung lockermacht, kann auch für gerechte Entlastung sorgen. Alle Menschen mit einem kleinen oder mittleren Einkommen brauchen Direktzahlungen, solange die Krise dauert. Millionäre und Landtagsabgeordnete kommen auch so zurecht.

Sachsens Regierung muss Druck in Berlin machen und zugleich selbst helfen. Ein milliardenschweres Sondervermögen ist nötig, um Privathaushalte, kleine und mittelständische Unternehmen sowie Handwerksbetriebe, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und die Kommunen zu unterstützen. Andernfalls droht eine Pleite- und Verarmungswelle, die unsere Kinder und Enkel schwer belasten würde.

Auch in den Verhandlungen zum Landeshaushalt 2023/2024 streiten wir für einen starken und gerechten Staat. Niemand hat etwas gegen das Energiesparen, aber alle haben einen Grundbedarf. Schon 2021 wurde dennoch rund 235.000 Haushalten in Deutschland der Strom gesperrt, rund 27.000 Haushalten der Gashahn zugezogen. Das lässt das Schlimmste befürchten. Die Regierenden müssen gegensteuern und auch Strom- und Gassperren verbieten.

In Zeiten wie diesen, da der Krieg auch uns bedroht, fällt Zuversicht schwer. Ich habe sie dennoch. Ich weiß, dass viele Menschen für Gerechtigkeit kämpfen, auch mit uns!

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Frühe Bildung ist enorm wichtig für unsere Kinder – aber sie ist auch teuer für die Eltern. Eine 9-Stunden-Betreuung in der Krippe kostet schnell knapp 300 Euro im Monat, hinzu kommen die Ausgaben fürs Essen, für Windeln und weitere Materialien. Sachsens Kommunen setzen die Elternbeiträge selbst fest, deshalb sind diese unterschiedlich hoch. Schon das ist ungerecht. In jedem Fall aber ist das Kindergeld zum Großteil oder komplett wieder weg vom Konto. Zwar kostet später die Betreuung in Kindergarten und Hort weniger, aber viele Eltern leiden weiter unter den Eigenanteilen. Die Staatsregierung muss die Familien entlasten und dringend dafür sorgen, dass die Elternbeiträge sinken.

Derzeit sieht es eher danach aus, dass die klammen Städte und Gemeinden an der Beitragsschraube drehen müssen. Die Preiserhöhungen treiben schließlich auch ihre Kosten hoch. Wir wollen das nicht! Am besten wäre es, die Elternbeiträge abzuschaffen – elf von 16 Bundesländern haben das bereits komplett (Berlin und Mecklenburg-Vorpommern) oder teil-

weise geschafft. Auf jeden Fall muss der Freistaat den Kommunen mehr Geld geben, damit die Elternbeiträge wenigstens stabil bleiben oder – besser noch – sinken können. Wir werden dafür eintreten, dass mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 auch die Landespauschale steigt, die der Freistaat den Kommunen zahlt. Auf längere Sicht ist völlige Beitragsfreiheit unser Ziel.

Es muss schon deshalb mehr Geld ins System, damit die Träger bessere Arbeitsbedingungen und Einkommen ermöglichen können. Die Betreuung muss schließlich eine hohe Qualität haben. Unsere Kinder sollen in der Kita nicht nur »verwahrt«, sondern gebildet werden. Dafür muss Fachpersonal her, doch bisher fehlen tausende Kräfte. Zwar hat die Staatsregierung endlich dafür gesorgt, dass sie während ihrer Ausbildung kein Schulgeld mehr zahlen müssen. Eine ordentliche Ausbildungsvergütung bekommen sie aber immer noch nicht. Die Kosten für all das dürfen nicht bei den Eltern landen. Deshalb muss die Regierung mehr Geld in die Hand nehmen.

Wie hoch sind die Elternbeiträge?

Um ihr erstes Kind betreuen zu lassen, zahlen Eltern derzeit monatlich zum Beispiel in

	Krippe (9 h/Tag)	Kindergarten (9 h/Tag)	Hort (6 h/Tag)
Bad Lausick	284,15 €	154,43 €	83,39 €
Bannewitz	289,28 €	157,22 €	85,11 €
Chemnitz	201,47 €	136,91 €	77,42 €
Coswig	304,20 €	165,30 €	89,20 €
Dresden	226,28 €	165,66 €	95,09 €
Freiberg	259,85 €	145,31 €	78,47 €
Annaberg-Buchholz	277,00 €	143,50 €	77,50 €
Leipzig	211,14 €	130,12 €	75,15 €
Ottendorf-Okrilla	268,29 €	173,31 €	89,61 €

Verpflegungskosten kommen noch dazu!

Quelle: Stadtverwaltungen



© SerrNovik - iStockphoto.com



Alle Kinder haben das Recht auf gesundes Essen!

Wer gesund aufwachsen soll, muss sich gut ernähren – doch das belastet den Geldbeutel. Das gilt am heimischen Küchentisch ebenso wie in Kitas und Schulen. Viele Eltern können davon ein Lied singen. Jetzt ist absehbar, dass die Preise weiter steigen. Wir müssen also gegensteuern! Die Kinder können schließlich nichts dafür, wie viel oder wenig Geld ihre Eltern haben. Der Staat muss für Gerechtigkeit sorgen, damit alle Kinder satt werden.

Es wäre gerecht, allen Kindern in Schule und Kita eine kostenfreie Essensversorgung zu ermöglichen. Dazu sollte die Staatsregierung Subventionen und weitere Maßnahmen einsetzen. Berlin gewährt seit Jahren kostenlose Mittagessen in der Schule. Und Sachsen? Hier müssen schon viele Eltern seit dem Schuljahresbeginn noch tiefer in die Tasche greifen. Wir wollen stattdessen spätestens zum Schuljahr 2023/2024 einen Anspruch auf eine vollwertige und für Eltern kostenfreie Mittagsversorgung umsetzen und werden in der Haushaltsdebatte dafür streiten.

Außerdem soll die Staatsregierung vom Bund fordern, dass die Mehrwertsteuer auf Kita- und Schulessen auf sieben Prozent gesenkt wird. Kindertageseinrichtungen und Schulen sollen aus eigenen Küchen eine hochwertige und regionale Verpflegung anbieten können, insbesondere um Transportkosten zu sparen.

Übrigens: Die Linksfraktion hat noch einen weiteren Entlastungsvorschlag. Gerade nach den Entbehrungen in der Pandemie sind schöne Freizeiterlebnisse notwendig. Ein Ausflug ins Grüne, der Besuch einer Burg oder der Genuss eines spannenden Museums werden aber für viele Familien zum finanziellen Kraftakt. Es gibt jedoch den Sächsischen Familienpass, der zum kostenlosen Eintritt in bestimmte staatliche Einrichtungen berechtigt. Ihn zu bekommen ist mit Hürden verbunden – Familien müssen mindestens drei Kinder haben. Wir wollen den Pass bereits ab dem ersten Kind garantieren. Auch Seniorinnen und Senioren im Grundsicherungsbezug sollten den Pass erhalten.

Das Essen in Kitas und Schulen wird immer teurer

Die Essensversorgung in Sachsen kostete zu Beginn des Jahres 2022 im Schnitt täglich 3,30 Euro in den Kitas und 3,60 bis 3,95 Euro an den Schulen. In Chemnitz werden nun für das Kita-Essen sieben statt sechs Euro pro Tag fällig. In Dresden stiegen die Preise an drei Viertel der Schulen, ein Essen kostet jetzt mehr als vier Euro, oft sogar 4,50 Euro. In Leipzig haben zuletzt sechs von acht Versorgungsunternehmen für Kitas und sämtliche Unternehmen für Schulen die Preise erhöht. Zum 1. Juli wurden die Mittagessen um fast 6,5 Prozent teurer, im Herbst wird eine weitere Steigerung um 15 Prozent befürchtet. Doch auch abseits der Großstädte wachsen die Kosten: In Oelsnitz zum Beispiel kostet das Mittagessen in Hort und Schule inzwischen fast 20 Prozent mehr als 2021.

»Entlastungspakete« gehen an den meisten Alleinerziehenden vorbei

Brunhild Fischer, Geschäftsführerin des SHIA e. V., fordert Entlastungen

Mit welchen Problemen suchen Alleinerziehende derzeit Ihren Rat?

Neben finanziellen Sorgen, Überlastung, gesundheitlichen Einschränkungen, Fragen zu Trennung oder Umgangsschwierigkeiten liegt das aktuelle Problem bei massiven Preissteigerungen. Dies betrifft insbesondere die Energiepreise, aber auch das Mittagessen in Kitas und Schulen. Die »Entlastungspakete« gehen an der Mehrzahl der Alleinerziehenden vorbei! Die Kindergelderhöhung wird vom Hartz IV gleich wieder abgezogen, reiche Eltern hingegen werden über den steigenden Kinderfreibetrag massiv entlastet. Wenn eine Familie nur einen Elternteil hat, kommt auch nur einmal der 300-Euro-Energiebonus an, der zudem nach Steuerklasse II versteuert werden muss. Das alles vertieft die Spaltung zwischen armen und reichen Kindern. Außerdem ändert sich ständig etwas bei Wohngeld, Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss, Bürgergeld samt Sanktionen. Die Wartezeiten in allgemeinen Beratungsstellen sind teilweise länger als ein Monat.

Wie sollte die Staatsregierung den Alleinerziehenden helfen?

Wir brauchen keine Almosen, die an den meisten Alleinerziehenden vorbeigehen, sondern der Bedarf alleinerziehender Familien muss bei politischen Entscheidungen stets mitgedacht werden. Alleinerziehende und ihre Kinder dürfen nicht diskriminiert, ihre Menschenwürde nicht verletzt werden. Am wichtigsten sind Arbeitsplätze, die Alleinerziehenden ein Leben oberhalb von Hartz IV oder dem Mindestlohn ermöglichen. Dafür ist beispielsweise eine entsprechende Kita- und Hort-Betreuung erforderlich. Die Staatsregierung sollte die Betroffenen außerdem entlasten, indem sie das Mittagessen in Kita und Schulen sowie alle Lehr- und Lernmittel kostenfrei stellt. In unserem Landesaktionsplan, den wir am Runden Tisch gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag erarbeitet haben, benennen wir alleinerziehendengerechte Maßnahmen. Darin geht es auch um kostenfreien Nahverkehr, Gesundheitsvorsorge und Bildungsangebote für Kinder.



Brunhild Fischer, Geschäftsführerin des Landesfamilienverbandes Selbstbestimmte Handlungsstrategien und Initiativen für Alleinerziehende (SHIA) e. V.

»Am wichtigsten sind Arbeitsplätze, die Alleinerziehenden ein Einkommen oberhalb des Mindestlohns ermöglichen.«

Energieversorgung in die öffentliche Hand!

Läuft es für Konzerne gut, sprudeln die Gewinne in die Taschen ihrer Eigentümer. Wird es aber schwierig, werden Rufe nach dem Staat laut. Energieversorger wie die Gasimporteure werden mit viel Steuergeld gerettet. Dann gehören sie auch dauerhaft in öffentliches Eigentum! Letzteres gilt auch für die Strom- und Wärmenetze: Berlin und Hamburg haben ihre Stromnetze bereits zurückgekauft. Wir wollen nicht Aktiengewinne retten, sondern die Konzerne übernehmen. Mit öffentlichen Unternehmen, Energiegenossenschaften und Kommunen kommen wir ins Zeitalter preiswerter, klimafreundlicher und unabhängiger Energieversorgung. Die Preise müssen staatlich reguliert werden – CDU und FDP haben die Energiepreisaufsicht abgeschafft. Die kritische Infrastruktur gehört unter demokratische Kontrolle. Die Erlöse sollten nicht in Dividenden fließen, sondern in sichere und saubere Netze.



Wie wird Energie bezahlbar – und zwar auf Dauer?

Steigende Energiepreise bedrohen uns bereits seit dem vergangenen Herbst. Damit es gerecht zugeht, muss der Staat in den Energiemarkt eingreifen und die Preise konsequent deckeln – vor und nicht erst nach dem Winter!

Marktbeherrschende Konzerne sowie Finanzspekulanter streichen über maximale Preissteigerungen fette Profite ein, während viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihr alltägliches Leben bezahlen, ihre Wohnung heizen und ihre Strom- und Tankrechnung begleichen sollen. Wir sagen: Was alle brauchen, müssen auch alle bezahlen können. Die Preise für Strom sowie Brenn-, Heiz- und Kraftstoffe müssen staatlich kontrolliert werden. Am Strommarkt dürfen nicht mehr die teuersten Anbieter den Preis bestimmen, sondern die Herstellungskosten müssen den Ausschlag geben. Unternehmen müssen am Ort ihrer wirtschaftlichen Aktivität und der Umsätze besteuert werden: Italien etwa besteuert die lokale Wertschöpfung von Stromerzeugern und Mineralölkonzernen.

Der Verzicht auf russisches Gas ist eine politische Entscheidung. Deshalb muss der Staat die Kosten abfangen. Alle Gasspeicher gehören verstaatlicht, denn deren private Eigentümer dürfen derzeit jederzeit Gas verkaufen, auch ins Ausland. Vor allem aber muss der Preis

für ein angemessenes Grundkontingent in Kilowattstunden an Strom und Wärme auf das Vorkrisenniveau beschränkt werden. Zahlreiche europäische Länder haben feste Preisdeckel oder zumindest Obergrenzen für Preiserhöhungen eingeführt. Groß- und Luxusverbrauch kann teurer werden, der Grundbedarf aber muss bezahlbar sein: In Deutschland verbrauchen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung so viel Energie wie die ärmsten 40 Prozent – die Reichen können und müssen sich einschränken, ohne Entbehrungen zu erleiden. Hunderttausende Menschen in Sachsen verzichten indes schon lange: Sie haben oft nicht die Wahl, das Auto stehen zu lassen, sie können keine neue Heizung einbauen oder spontan sparsamere Geräte kaufen.

Wir besitzen dauerhaft preiswerte und sichere, unabhängige Energiequellen: die erneuerbaren. Es führt kein Weg daran vorbei, sie stärker zu nutzen – nur das bringt Gerechtigkeit, senkt die Energiekosten und schafft Jobs bei uns. Der Anteil von Energie aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse an Sachsens Stromerzeugung liegt aber bei gerade einmal 15 Prozent. Das Potential dieser Anlagen muss ausgeschöpft, deren Förderung verbessert und die jeweiligen Anwohnerinnen und Anwohner müssen an den Erträgen beteiligt werden. Wir müssen endlich aufholen!

»Berlin hakt sich unter«

Katja Kipping, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin, zeigt: Andere Bundesländer gehen Sachsen als Vorbild voraus



Katja Kipping,
Senatorin für Integration,
Arbeit und Soziales in Berlin

Welche sind die wichtigsten Entlastungsschritte, die das Land Berlin geht?

Rot-Grün-Rot in Berlin ist bereit, über eine Milliarde Euro in die Hand zu nehmen. So wird es einen Härtefallfonds geben für Menschen, die durch die Energiepreise in die Schuldenfalle rutschen. Mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen ist ein Moratorium besprochen für Mietende, die ihre Miete nicht bezahlen können. Bis Ende 2022 gibt es in Berlin ein reduziertes Monatsticket von 29 Euro. Ab Januar 2023 gibt es dann auch eine besondere Reduktion für Sozialticketinhabende. Dazu kommen Darlehen und Soforthilfen für Unternehmen und Kulturbetriebe. Zudem überziehen wir Berlin mit einem Netz von Punkten der Wärme, der Beratung, des Austauschs, von Stadtteilzentren über Seniorenbegegnungstätten bis zu Pausenräumen in Start-ups oder Gemeinden. Diese unterschiedlichen Orte eint eine Idee: Berlin hakt sich unter.

Werden die Bundesländer nicht überfordert, wenn sie jetzt eigene Hilfspakete schnüren?

Natürlich hat der Bund viel mehr Möglichkeiten, da er seine Einnahmen durch eine Übergewinnsteuer oder die Besteuerung von Millionenvermögen, Millionengewinnen und Millionenerbschaften erhöhen kann. Aber wenn Menschen mit niedrigen oder sogar mittleren Einkommen sowie soziale Träger nicht wissen, wie sie über den Winter kommen sollen – und der Bund das Notwendige unterlässt –, können wir als Bundesländer nicht einfach der wachsenden Not zusehen. Berlin tut deshalb alles, was es kann.

Was muss die Bundesregierung jetzt vor allem tun?
Sie muss regulieren, einen echten Gaspreisdeckel einführen und die Schuldenbremse aussetzen. Sonst kommt das die öffentliche Hand, die Privathaushalte, soziale Träger und Unternehmen verdammt teuer zu stehen.

Weg mit der SchuldenSolidaritätsbremse

Viele Menschen sind mit ihren Ausgaben am Limit. Die Rezession ist die größte Bedrohung unseres Wohlstands seit vielen Jahren – und der sächsischen CDU fällt nichts anderes ein als die Corona-Kredite, die Sachsen aufgenommen hat, schnellstens zu tilgen. Wir finden: Viel wichtiger ist schnelle Hilfe für Bevölkerung, Kommunen und Unternehmen! Jeder Euro Staatsgeld, von Sozialausgaben über Unternehmenshilfen bis zu kommunalen Schutzschirmen, stützt die zusammenbrechende Nachfrage und damit die vielen kleinen Betriebe und Läden.

Der Fetisch »Schwarze Null« hilft indes niemandem. Das Schreckensbild, die staatliche Schuldenlast könnte uns eines Tages erdrücken, ist Propaganda: Staatsverschuldung wird weniger durch Tilgung reduziert als durch eine leistungsfähige Wirtschaft. Wir sollten also die Wirtschaft ankurbeln – gerade jetzt. Die »Schuldenbremse« müsste Investitions- und Solidaritätsbremse heißen: Sie schadet unseren Kindern und Enkeln, indem sie uns zwingt, Investitionen in Schulen, Kitas, Straßen, saubere Energieversorgung, Krankenhäuser oder digitale Infrastruktur zu unterlassen.

Übrigens: Bei den 100 Milliarden für die zusätzliche Aufrüstung der Bundeswehr haben die Regierenden sich selbst an der »Schuldenbremse« vorbeigetrickt.

Weshalb also nicht nötigenfalls Kredite für sinnvolle Zwecke aufnehmen, zumal wir unser Land stabilisieren müssen? Geld zum Schuldenabbau gibt es woanders genug: Riesige Erbschaften, Vermögen und Einkommen sollten endlich angemessen besteuert werden.



»Wir brauchen jetzt
Zukunftsinvestitionen«

Markus Schlimbach, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Sachsen, fordert die Koalition zum Umdenken auf

Ist die Schuldenbremse noch zeitgemäß?

Die Schuldenbremse sowohl im Bund wie in Sachsen war noch nie zeitgemäß. Sachsen mit seiner absurd strengen und unflexiblen Schuldenbremse wollte vielleicht Musterschüler sein. In der Praxis hat Sachsen sich damit ein enges Korsett gegeben, in dem wichtige Zukunftsinvestitionen, aber auch schnelle Reaktionen, die durch Krisen gefordert sind, kaum noch möglich sind.

Besteht die Gefahr, dass der Staat zu viel Geld ausgibt, wenn sie nicht mehr gilt?

Was ist zu viel Geld? Wenn eine Parlamentsmehrheit z.B. mehr Geld für Erneuerbare Energien oder die Aufstockung des Lehrpersonals oder der Polizeistellen beschließt, dann ist das Demokratie. Von vornherein durch eine Schuldenbremse jegliche Kreditaufnahme auszuschließen, ist in die Verfassung gegossenes Misstrauen gegen Politik.

Was erwarten Sie von der sächsischen Staatsregierung?

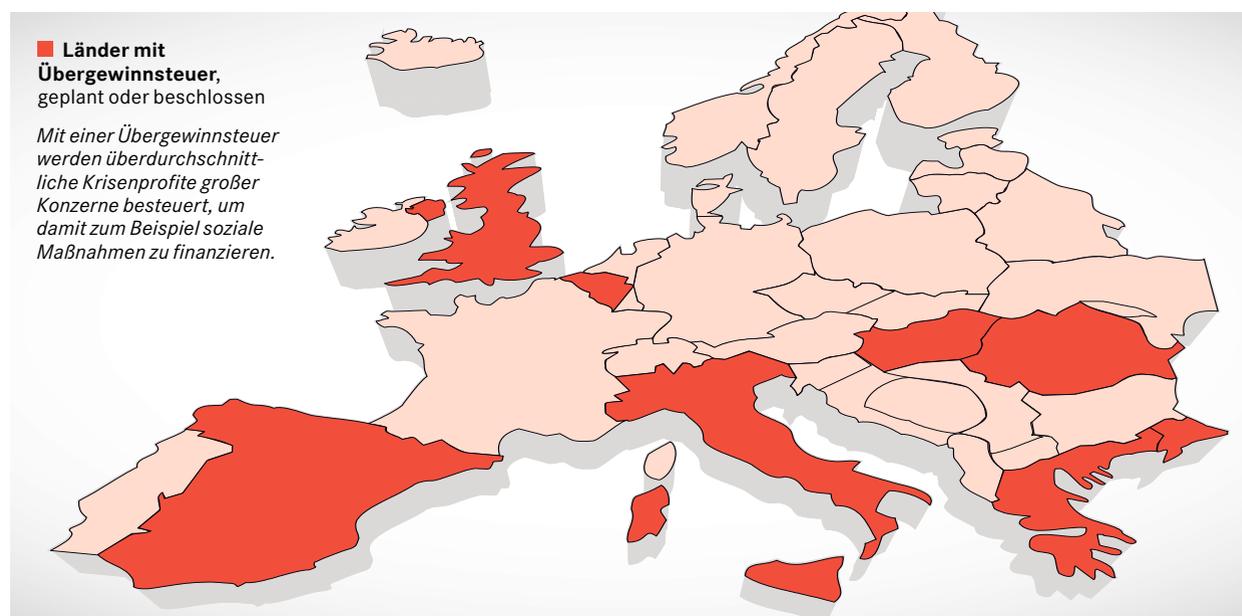
Realitätssinn. Wir stehen mitten in mehreren schweren Krisen. Wir haben riesige Herausforderungen durch die Dekarbonisierung der Wirtschaft, umfassende Veränderungen der Arbeitswelt, die Digitalisierung und die Demografie. Wir brauchen jetzt Zukunftsinvestitionen, damit wir unseren Kindern ein modernes Sachsen hinterlassen. Dafür brauchen wir keine Schuldenbremse oder wenigstens eine umfassende Reform.

Krisengewinne abschöpfen!

Lass keine Krise ungenutzt verstreichen – diese Empfehlung, die Winston Churchill zugeschrieben wird, befolgen viele Akteure derzeit. Die höheren Preise landen schließlich nicht nur als Steuereinnahme beim Staat, sondern vor allem als Extra-Profit bei Mineralöl-, Energie-, Lebensmittel- und Rüstungskonzernen. Weil der Strommarkt derzeit so eingerichtet ist, dass der teuerste Erzeuger den Preis für alle bestimmt, lassen sich etwa Kohle- und Atomstrom derzeit mit unüblich viel Gewinn verkaufen, während die privaten Haushalte, das Handwerk und andere Gewerbetreibende unter den Preisen ächzen. Das Gasunternehmen Shell Energy, Tochter des Shell-Konzerns, verbuchte im ersten Halbjahr 2022 einen Gewinn von 25 Milliarden Dollar (plus 177 Prozent gegenüber dem Vorjahr, im Gasgeschäft plus 227 Prozent) und verlangt dennoch

besonders hohe Preise. Auch die Ölkonzerne konnten ihre Profite vervielfachen. Gewinne entstehen nicht zufällig, sondern weil wir alle sie bezahlen!

Wir fordern eine umfassende Übergewinnsteuer, die auch rückwirkend nicht nur Zufallsgewinne abschöpft, sondern auch kriegs- und krisenbedingte Extra-Profitte. Bei einem Steuersatz von 90 Prozent wie in Spanien und Griechenland könnten laut einer Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit bis zu 102 Milliarden Euro jährlich alleine im Energiesektor eingenommen werden. Damit könnten die kommunale Energieversorgung gesichert, Millionen Menschen entlastet und saubere, unabhängige Energiequellen erschlossen werden. Sachsens Regierung hat eine solche Steuer allerdings im Bundesrat bisher nicht befürwortet.



Stadt und Land: Wie können wirklich alle mobil sein?

Antje Feiks, Abgeordnete der Linksfraktion für den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowie Sprecherin für den ländlichen Raum



Antje Feiks

»Kurzfristig ist es deshalb besonders wichtig, das Spritpreis-Kartell unter Druck zu setzen und die überbordenden Konzerngewinne abzuschöpfen.«

Ein Auto ist ein enormer Kostenfaktor und doch bisher unverzichtbar für viele Menschen, die auf dem Land leben, schon weil sie sonst nicht zur Arbeit kämen. Vielerorts fehlen Alternativen, weil kein Bus und schon gar kein Zug fährt. Kurzfristig ist es deshalb besonders wichtig, das Spritpreis-Kartell unter Druck zu setzen und die überbordenden Konzerngewinne abzuschöpfen.

Auf längere Sicht muss es auch abseits der Großstädte attraktive und zuverlässige Verbindungen mit modernen Bussen und Bahnen geben. Es gab schon Zeiten, in denen Autos weniger verbreitet waren als heute, und die Leute sind trotzdem zur Arbeitsstelle gelangt. Jedem Dorf eine ordentliche Busanbindung! Es gibt viele mögliche Modelle und Ideen, auch mit kleineren Fahrzeugen und flexiblem Abruf auf Wunsch. Stillgelegte Schienenstrecken müssen reaktiviert werden. Das bleibt ein Zuschussgeschäft für den Staat – aber es lohnt sich.

Was bisher fehlt, ist der politische Wille. Das gilt auch für den Radwegebau, obwohl immer mehr Menschen mit dem Rad unterwegs sein wollen. Dank E-Bikes können auch längere Distanzen überwunden werden, wenn ein ordentliches Radwegenetz vorhanden ist. Allerdings wird seit Jahren nur ein Bruchteil der benötigten Verbindungen geplant und gebaut. Vielleicht setzt die Regierung ja ganz auf Flugtaxi? Spaß beiseite: Investieren, investieren, investieren!



Marco Böhme

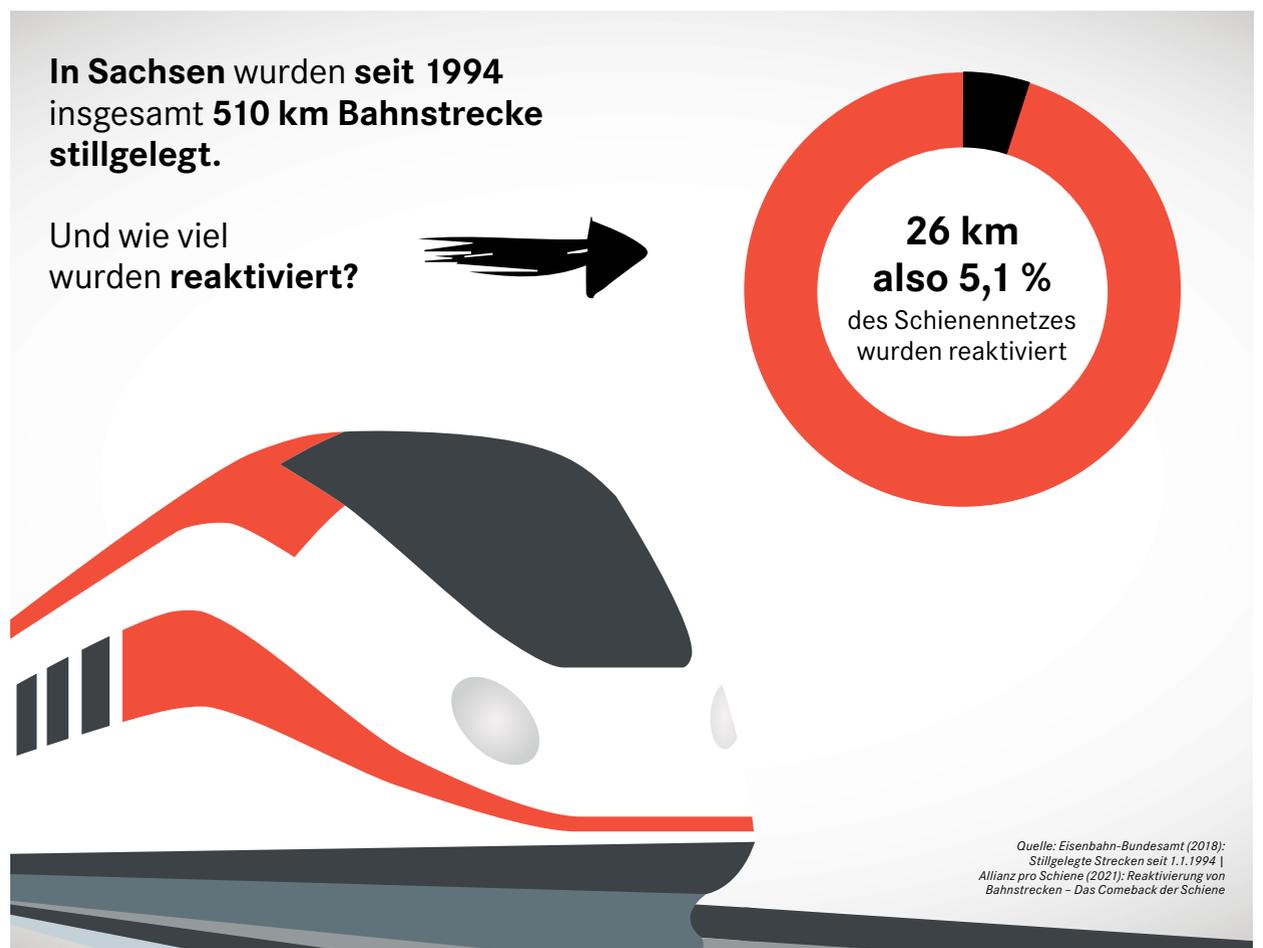
»Wir wollen eine Mobilitäts-garantie gesetzlich regeln. Deswegen fordern wir Mindeststandards, wie es sie in der Schweiz gibt.«

Marco Böhme, Abgeordneter der Linksfraktion für Leipzig sowie Sprecher für Klimaschutz und Mobilität

In den Großstädten gelingt es viel besser als außerhalb, auf motorisierten Individualverkehr zu verzichten – mit allen Vorteilen für die Lebensqualität, das Klima und den Geldbeutel. Aber es ist noch ein weiter Weg, bis überall verlässliche öffentliche Verbindungen im Angebot sind. Eines Tages soll niemand mehr aufs Auto angewiesen sein. Bis dahin sollten alle, die ohne ein eigenes Fahrzeug nicht auskommen, sich ein solches leisten können. Deshalb gehören die Ölkonzerne unter Kontrolle!

Die Hälfte der sächsischen Einwohnerinnen und Einwohner hat keinen wohnortnahen Zugang zu Bus oder Bahn. Es wäre aber gerecht, wenn alle es sich leisten könnten, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Dazu haben wir einen Gesetzentwurf vorgelegt. Die hohe Nachfrage nach dem 9-Euro-Ticket zeigt: Die Leute haben Lust auf Bus und Bahn, wenn diese kostengünstig sind. Es war ein großer Fehler, diese Entlastung für Klima und Geldbeutel so schnell zu beerdigen.

Wir wollen eine Mobilitäts-garantie gesetzlich regeln. Deswegen fordern wir Mindeststandards, wie es sie in der Schweiz gibt: Gemeinden, in denen mehr als 500 Menschen leben, sollen alle zwei Stunden angefahren werden. Orte ab 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sollen stündlich, alle Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern halbstündlich angefahren sowie zusätzlich an den Schienenverkehr angebunden werden. Kinder, Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen sollen kostenlos mitfahren dürfen. Den Tarifwarrump wollen wir überwinden. Wir sind dafür, schrittweise einen mittel-deutschen Verkehrsverbund einzurichten.





besonders viele frühe Konzentrationslager gab, fehlt es bislang an einem zentralen Erinnerungsort. Doch der Bürgermeister der Stadt Frankenberg Thomas Firme-nich betrieb den völligen Abriss der ehemaligen Kommandantenvilla – ein Fehler und eine vertane Chance für den Erinnerungsort. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass in Sachsenburg schnell eine Gedenkstätte eingerichtet wird. Das sind wir nicht nur den Opfern schuldig, sondern auch unseren Kindern.

Koalition plant, auch noch das Trinkwasser teurer zu machen

Die Menschen in Sachsen ächzen unter immer höheren Kosten für Strom, Treibstoffe und Lebensmittel. Die Landesregierung aus CDU, SPD und Grünen will in dieser Lage nun auch noch das Trinkwasser teurer machen! Die Koalition plant, durch eine Novellierung des Wassergesetzes die Abgabe für die öffentliche Trinkwasserversorgung fast zu vervierfachen. Die Mehrkosten würden bei den Bürgerinnen und Bürgern landen. Ob Wasser zum Zweck der Trinkwasserversorgung entnommen wird oder als Kühlwasser für die Industrie, soll finanziell keinen Unterschied machen. Das ist ungerecht! Wenn der Staat mehr Geld braucht, soll er stattdessen endlich die Vermögenden und Krisengewinnler zur Kasse bitten oder den unsinnigen Plan aufgeben, die Corona-Kredite übereilt abzubezahlen.

Wir wollen Feiertage nachholen, nicht verlieren



Wen ärgert es nicht, wenn Feiertage aufs Wochenende fallen? In diesem Jahr ist es am 1. Januar und 1. Mai geschehen, auch der erste Weihnachtsfeiertag wird uns verloren gehen. Dabei sind Feiertage wichtig, damit arbeitende Menschen sich erholen können. Eltern und Kinder brauchen Feiertage füreinander als Familie. Die verschwundene Freizeit ist kein Schicksal! In 85 Ländern – darunter Belgien, Spanien und Großbritannien – werden verlorene Feiertage nachgeholt. Das ist nur fair. In Deutschland fehlt eine solche Regelung. Wir fordern für Sachsen, dass für jeden gesetzlichen Feiertag, der auf Samstag oder Sonntag fällt, in der Folge-woche ein Ausgleichstag gewährt wird. Wer könnte gegen einen solchen Vorschlag sein? Nur diejenigen Bosse, denen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gar nicht genug schufteten können. Und regierende Parteien, denen das Wohlergehen der arbeitenden Menschen nicht besonders wichtig ist.

Sachsen soll endlich ein gerechtes Vergabegesetz bekommen

Die dauerregierende CDU hat es zu verantworten, dass Sachsen bis heute ein Niedriglohnland geblieben ist, mit geringer Tarifbindung und oft schlechten Arbeitsbedingungen. Auch deswegen bereitet die Inflation in Sachsen besonders vielen Menschen große Probleme. Ein erneuertes Vergabegesetz würde die Lage bessern, aber seit Jahren können sich die regierenden Parteien nicht einigen. Wir haben deswegen einen eigenen Entwurf eingebracht: Öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen sollen nicht mehr automatisch an die billigsten Anbieter gehen, sondern an Unternehmen, die ihre Beschäftigten ordentlich behandeln, sie angemessen bezahlen und die Umwelt nicht schädigen. Wir fordern einen Stundenlohn von mindestens 13,50 Euro brutto, auch bei Leiharbeit und Subunternehmen. »Billig siegt« – das muss vorbei sein. Gute Arbeit muss siegen, nicht nur, was die Qualität der Leistungen angeht, sondern auch Gerechtigkeit gegenüber denjenigen, die sie erarbeiten.

Abriss der Kommandantenvilla in der Gedenkstätte Sachsenburg ist fatal



Seit Jahren kämpfen wir gemeinsam mit vielen Engagierten darum, dass das ehemalige Konzentrationslager Sachsenburg zur Gedenkstätte wird. Denn nur die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus macht unsere Gesellschaft immun gegen die Propaganda neuer Faschisten. In Sachsen, wo es nach 1933

Landtag von links – kompakt und aktuell

Zeit ist knapp und wir alle freuen uns über prägnante Information. Deshalb gibt es auf Wunsch per E-Mail das Wichtigste von links aus Sachsens Parlament – ohne Tamtam und Textwüsten, und zwar immer zur Monatsmitte und am Monatsende. Natürlich kostenfrei und jederzeit kündbar.



[Jetzt abonnieren:](http://www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter)
www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter

links im Landtag

Fraktion DIE LINKE.
im Sächsischen Landtag
Herbst 2022

Sie haben das Lösungswort gefunden?

Senden Sie es per Post an:

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

oder per E-Mail an:

raetsel@linksfraktion-sachsen.de

Kennwort: »liL-Preisrätsel«.

Einsendeschluss ist der

31. Januar 2023 (Poststempel).

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir unter Ausschluss des Rechtsweges fünf **Büchergutscheine!** Die Gewinne werden zugeschickt, deshalb bitte die **Adresse nicht vergessen.**

Die Adressdaten werden ausschließlich für die Versendung der Gutscheine an die Gewinnerinnen und Gewinner genutzt und danach gelöscht.

Die Finanzierung der Preise erfolgt über Spenden unserer Abgeordneten. Beschäftigten der Fraktion DIE LINKE und deren Angehörige sind teilnahme-, aber nicht gewinnberechtigt.

1	2		3	4	5		6	7	8		9	10	11	12	
14			15				16				17				18
19						20				21			22		
23					24				25		26		27		
		28		29				30			31			32	
33	34		35				36				37				
38						39				40		41		42	43
			44		45			46	47			48			
49		50		51			52				53				
54			55			56					57				
		59			60				61	62			63	64	
65	66		67				68					69			
	71	72			73	74			75			76			
77				78				79		80	81				82
83			84		85				86			87	88		
89		90		91				92			93	94		95	
96															97

Lösung:

41	22	49	39	14	25	37	84	96	29	55	68	62
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Impressum

Fraktion DIE LINKE.
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Vorsitzender: Rico Gebhardt
Telefon: 0351 493-5800
Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Kevin Reißig
Druck: DDV Druck GmbH
Auflage: 1,8 Mio.
Stand: Oktober 2022

Titelgrafiken: Gstudio - stock.adobe.com,
lovemask - stock.adobe.com

Weitere Informationen in den folgenden
Landtags-Drucksachen:
6/10439; 7/4205; 7/6134; 7/7337;
7/7975; 7/8249; 7/8325; 7/8994;
7/9884; 7/9929; 7/9942; 7/10142;
7/10194; 7/10618; 7/10818; 7/10915;
7/11084; 7/11124.
Alle Drucksachen unter
<https://edas.landtag.sachsen.de/>

Waagrecht: 1. Gesellschaftsordnung mit dem Ziel, für alle Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit zu gewährleisten, 9. arroganter, vornehm tuender Mensch, 14. Abk.: Zentimeter, 15. engl.: eins, 16. Abk. für einen Frühlingsmonat, 17. ein Gebäude/Zimmer erwärmen, sollte als Grundbedürfnis bezahlbar bleiben, 19. Namensgeber unsozialer Gesetze, 20. wärmendes Halstuch, 22. Figur aus der Dreigroschenoper, 23. eingeschaltet, 24. Klinikart, Landeskrankenhaus (Abk.), 25. Hektopascal (Abk.), 27. kurz für Samstag, 29. Gewinne, die Unternehmen in der Krise durch willkürliche Preissteigerungen erzielen (sollten vom Staat abgeschöpft und zur Krisenbewältigung verwendet werden), 33. geländegängiges Motorrad, 36. Bund fürs Leben, 37. aromatisches Aufussgetränk, 38. Donauzufluss in Niederbayern, 39. Abk.: Eingangsnummer, 40. knapp, schmal, 42. Abk.: automatische Notbremse, 44. Alleraufluss aus dem Oberharz, 46. Vorname des ungar. Komponisten Bartok (1881–1945), 48. Stimmzettelbehälter, 49. britischer Pop-Musiker (Chris), 51. Erwerb von Waren, der sich inflationsbedingt ständig verteuert, 53. Speise, Nahrung – sollte als menschliches Grundbedürfnis bezahlbar sein, 54. von Wasser umgebenes Land, 56. ehemalige Einheit des Druckes, 57. Quellfluss der Thielle (Frankr.), 59. chem. Symbol: Titan, 60.

Elan, Schwung (engl.), 61. dt. Motoren-erfinder, 63. persische Flöte, 65. Ob- Zufluss (Sibirien), 67. rheinisch: Fels, Schiefer, 68. Dateneingabe (Computer), 69. umweltfreundl. Schienenverkehrsmittel, wurde durch das »9 Euro-Ticket« oft genutzt, 71. feierliches Gedicht, 73. Vorname der Sängerin Freudenberg »Jugendliebe«, 75. Flächenmaß (100 qm), 76. deutsch-tschechischer Autor (Ota †2018), 77. einfarbig, 80. in Sachsen beliebter »Gerstensaft«, 82. Abk.: Nummer, 83. Kürzel für den kleinsten US-Bundesstaat, 84. Bedrohung durch schlechte Geldpolitik, Geldentwertung, 87. blinde Wut, Empörung, 89. Kurzname Eisenhowers, 91. Abk.: Original Equipment Manufacturer, 92. chem. Zeichen für Argon, 93. ausgestorb. Wildrind, 95. in der Nähe von, 96. Sicherungselement, welches den Gaspreis nicht ins Unendliche steigen lässt, 97. Abk.: Nanosekunde,

Senkrecht: 1. Mitglied des Sächsischen Landtages der Fraktion DIE LINKE (Susanne) – engagiert sich besonders für die Menschen in Chemnitz, 2. Sultanauf der Arab. Halbinsel, 3. neunter griech. Buchstabe, 4. Abk.: Anzeige, 5. frz. männl. Artikel, 6. unser Bundesland, 7. Abk.: miles per hour, 8. ältester Vorfahr, 9. größeres Gewässer, 10. chem. Symbol: Nickel, 11. Weltmeer, 12. engl.: Bett, 18. Anfängerin, 20. Wintersport-

gerät, 21. Bauernverband der DDR, 24. Kfz-Zeichen: Landkreis Rostock, 26. Vulkan auf Sizilien, 27. förmli. Anrede, 28. Kfz-Zeichen Kanada, 29. schwer leserlicher Schriftzug, 30. achtenswert, aufrichtig, 31. Wanderpfad, 32. Klosterfrau, 34. knabbern, beißen, 35. Vereinte Nationen (Abk.), 39. Einbringung der Feldfrüchte, 40. kurz für: Fußballteam, 42. Geräte-, Waffenlager, 43. Kaufwert von Kraftstoff, dessen derzeitige Höhe die Landbevölkerung verzweifeln lässt, 45. Hühnerprodukt, 47. unser Kontinent, 48. externer PC-Anschluss (Abk.), 49. Vorname des Chefs der Fraktion DIE LINKE im Sächs. Landtag Gebhardt, 50. starker Zweig, 52. Duplikat, Zweitausfertigung, 53. Opern-Titelfigur bei Gotovac, 55. Drang zur Schnelligkeit, 57. Sängerin (Kerstin) »Die immer lacht«, 60. in der Musik: mehr, 62. kurz für Turbolader, 64. Stadt an der Donau (Schwäbische Alb), 66. Vorname der LINKEN-Politikerin Dr. Runge, 69. eh. Frontmann der Puhdys (Dieter- »Maschine«, 72. engl. Prinzessin (†1997, Kurzform), 74. unechter Schmuck, 76. chem. Symbol: Eisen, 77. komisch, urtümlich, 78. franz. Stadt an der Oise, 79. bayrisch: still, ruhig, 81. Selbstbezeichnung der Inuit, 85. gute Frau im Märchen, 86. Inseleuropäer, 88. von hier an, 90. Halbton unter e, 94. Skat: Erwidern auf contra.